

(Abgeordneter Rihsche [Dresden].)

(A) den Verhältnissen abhängig sind, die innerhalb einer Gemeinde existieren.

Meine Herren! Daß wir alle Veranlassung haben, auch in Sachsen der Wohnungsfürsorge und Wohnungskontrolle unser Augenmerk zuzuwenden, ergibt sich schon aus einer Statistik vom Jahre 1904/1905, die behördlicherseits in Sachsen aufgenommen worden ist. Sie erstreckt sich allerdings nur auf die Wohnungen in Mittel- und Kleinstädten, aber was da zutage gefördert worden ist, gibt zu allerhand Bedenken Anlaß. Es wurde da ermittelt, daß von 193726 Wohnungen, auf die sich die Erhebung erstreckte, 60303 oder 46,3 Prozent keine Küche haben, daß ferner in zwölf Städten, auf die sich die Erhebung erstreckte, 60 bis 70 Prozent der Wohnungen nur ein heizbares Zimmer haben, also im Durchschnitt hatten 42,3 Prozent der Wohnungen nur ein heizbares Zimmer. Sonst ist durch die Statistik eine Überfüllung kleinerer Wohnungen in sehr vielen Fällen festgestellt worden, ferner ein Mangel an Aborten und geeigneten Schlafräumen; als solche werden sehr häufig Küchen, Altoven, Bodenträume usw. benützt, die nicht direkte Lüftung haben. Wir haben somit allen Anlaß, der Wohnungspflege in Sachsen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Jetzt allerdings ist die brennendste der Wohnungsfragen die Frage der Wohnungsnot und des Wohnungs Mangels. Das ist aber eine Frage für sich, und ich glaube, wir werden Gelegenheit nehmen, diese wichtige und brennende Frage, die namentlich nach dem Kriege einen großen Notstand zeitigen wird, noch besonders zu behandeln. Die uns jetzt beschäftigende Frage der Wohnungsrevision, die Frage der gesunden Wohnungen hängt zwar auch mit der Wohnungsnot zusammen, es erscheint mir aber in diesem Zusammenhang nicht angebracht, sie näher zu behandeln.

Über die Tuberkulosebekämpfung will ich mich nicht des näheren auslassen. Ich glaube, daß man alle Veranlassung hat, in Sachsen auch dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das ist ohne weiteres klar, in einem Industrielande wie Sachsen wird die Tuberkulose auch die größten und zahlreichsten Opfer fordern. In den Industriestätten, wo die Arbeit zum Teil in verstaubten und ungesunden Räumen stattfindet, ist eine Steigerung der Tuberkulosefälle ohne weiteres erklärlich. Allerdings ist in den letzten Jahren vor dem Kriege eine solche Steigerung nicht mehr eingetreten, aber welche Erfahrungen die Kriegsjahre zeigen werden, ist statistisch noch nicht erfasst. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist aber auf eine arge Verschlimmerung zu rechnen. Schon aus meinen Andeutungen geht hervor, daß der wichtigste Teil der Tuberkulosebekämpfung sein

wird: bessere Ernährung, gesunde Arbeitsräume und verkürzte Arbeitszeit. Das werden die wichtigsten Heilfaktoren bleiben. Da wird man freilich mit kleinen Mitteln nichts erreichen. Gerade bei der Tuberkulosebekämpfung ist die Verhütung das Wichtigste, während sich alle Heilverfahren, wie traurige Erfahrungen vielfach gezeigt haben, in vielen Fällen wenigstens als äußerst zweifelhaft erwiesen haben.

Meine Herren! Nun bleibt nur noch ein Wort über die Unzulänglichkeiten zu sagen, die sonst in der Planung zu finden sind. Der Plan der Regierung ist unserer Meinung nach nicht vollkommen. Es ist schon auf einen Nachteil hingewiesen worden, nämlich darauf, daß zu wenig Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, und daß die Bezirksverbände auf der anderen Seite überlastet sind. Das würde sich beheben lassen, soweit die Finanznot der Bezirksverbände in Betracht kommt, durch Staatsbeihilfen der Regierung. Aber solche hat man nur in Aussicht gestellt, wie ich schon angedeutet habe, soweit die Bestimmungen der Dingner-Stiftung es unbedingt notwendig machen. Weiter ist man nicht gegangen. Ich halte das für einen schweren Mangel der ganzen Vorlage und des ganzen Planes und bin der Meinung, daß sie in Widerspruch steht mit der Versicherung des Herrn Ministers, die dahin ging, alles zu tun, was geeignet ist, die Gesundheit des Volkes zu heben. Wenn die Regierung nur einen schönen Plan entwickelt, aber nicht die nötigen Staatsbeihilfen dazu gewährt, obwohl sie weiß, wie es in den Bezirksverbänden aussieht, dann, meine ich, tut sie eben nicht alles das, was unter den jetzigen Verhältnissen unserer Ansicht nach nötig ist.

Ein weiterer wunder Punkt ist der, daß man zu viel Gewicht auf die freiwillige Hilfstätigkeit legt. Nach meinen Beobachtungen ist die freiwillige Hilfstätigkeit, die Tätigkeit durch Vereine usw. doch eine recht unsichere Grundlage. Die Gebefreudigkeit und die Schaffensfreudigkeit erlahmt nach Jahren in zunehmendem Maße. Heute ist es ja in den großen Städten meist so, daß da, wo Vereine noch bestehen — sie bestehen noch in großer Zahl, und ich will durchaus anerkennen, daß sie sehr Gutes und Anerkennenswertes geleistet haben —, die Mittel, die diese Vereine verwenden, in der Hauptsache durch Zuschüsse aus den städtischen Kassen gegeben werden. Die Mittel, die diese Vereine selbst aufbringen, haben sich zumeist erheblich verringert, und sie können daher den Anforderungen nicht mehr entsprechen. Der Hauptnachteil der freiwilligen Hilfstätigkeit ist aber, daß die ganze Wohlfahrtspflege dann den Charakter der Mildtätigkeit, der Bettelei erhält und deshalb ungünstig